

Bericht des Gemeinderats

Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GB/JA!, GFL/EVP (Miriam Schwarz, SP/Cristina Anliker-Mansour, GB/Daniela Lutz, GFL) vom 6. November 2008: Prävention statt spätere Sozialhilfeabhängigkeit von Jugendlichen (08.000371)

In der Stadtratssitzung vom 14. Mai 2009 wurde das folgende Interfraktionelle Postulat SP/JUSO, GB/JA! GFL/EVP erheblich erklärt:

Mühe beim Einstieg in die Arbeitswelt haben vor allem sozial benachteiligte Jugendliche sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund. Durch längere Phasen von Arbeitslosigkeit, wird die Befindlichkeit dieser Jugendlichen stark beeinflusst. Das Projekt „Case Management“, das 2008 gestartet wurde, hat zum Ziel schon ab dem 7. Schuljahr gefährdete Jugendlichen zu erfassen und durch gezielte Begleitung, den Übertritt in die Sek II-Stufe zu schaffen. Während der Lehre endet das Case Management.

Leider schaffen viele dieser Jugendlichen den Übertritt von der Lehre in die Arbeitswelt nicht. Sie durchlaufen längere Phasen von Arbeitslosigkeit. Im schlimmsten Fall werden sie auch für längere Zeit abhängig von Sozialhilfe. Für diese Jugendliche am Ende der Lehre sollten auch längere und intensive Begleitmassnahmen, insbesondere auch für die individuelle Begleitung im Sinne des Case Managements, vorgesehen werden. Dies insbesondere im letzten Lehrjahr, um auch die Motivation für einen guten Lehrabschluss aufrecht zu erhalten.

Aus diesen Gründen bitten wir den Gemeinderat folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Der Auftrag des Kompetenzzentrums Arbeit Bern (KA) soll erweitert werden um mit geeigneten Massnahmen (Coaching- und Begleitmassnahmen) den Übergang von der Lehre in die Arbeitswelt zu gewährleisten und längere Phasen von Arbeitslosigkeit zu verhindern.
2. Diese Begleitmassnahmen sollen in enger Zusammenarbeit zwischen Berufsbildungsanstalten, Lehrmeistern, Berufsberatung und KA entwickelt und durchgeführt werden. Die Finanzierung müssten als arbeitsmarktliche Massnahmen vom beco oder als Verbundaufgaben von beco, GEF und ERZ finanziert werden.
3. Sinnvoll wäre auch die Weiterführung des Case Managements über die ganze Lehrzeit und bis zur geglückten Integration in die Arbeitswelt.

Bern, 6. November 2008

Interfraktionelles Postulat (Miriam Schwarz, SP/Christina Anliker-Mansour, GB/Daniela Lutz, GFL), Hasim Sancar, Stefan Jordi, Beni Hirt, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Thomas Göttin, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Christine Michel, Michael Aebersold, Giovanna Battagliero, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Beat Zobrist, Ursula Marti, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Emine Sariaslan, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Liselotte Lüscher, Gisela Vollmer, Natalie Imboden, Urs Frieden, Thomas Göttin, Stéphanie Penher, Karin Gasser, Lea Bill, Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler, Erik Mozsa, Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler, Erik Mozsa, Rania Bahnan Buechi, Anna Magdalena Linder, Peter Künzler, Conradin Conzetti, Susanne Elsener, Verena Furrer-Lehmann

Bericht des Gemeinderats

Für den Gemeinderat sind gezielte Massnahmen zur Förderung des Einstiegs ins Erwerbsleben ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat entsprechende Massnahmen im März 2010 im Rahmen der Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2010 - 2013 verabschiedet.

Diese Strategien legen einen Schwerpunkt bei der Ausbildungslosigkeit und definieren nebst den bereits bestehenden Angeboten des Kompetenzzentrums Arbeit fünf neue Massnahmen, welche die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen fokussieren.

Zuständigkeit von Bund, Kanton und Stadt

Die beste präventive Massnahme gegen eine spätere Arbeitslosigkeit ist ein Berufsabschluss oder eine höhere Ausbildung. Wer eine berufliche Grundbildung absolviert hat, unterliegt einem dreimal geringeren Risiko, in Armut zu geraten als Personen ohne Berufsabschluss. Um (Jugend-)Arbeitslosigkeit früh und wirksam zu bekämpfen, braucht es somit insbesondere geeignete Massnahmen beim Übertritt von der Sekundarstufe I (obligatorische Schule) in die Sekundarstufe II (berufliche Grundbildung). Die Zuständigkeit für die Berufsbildung liegt bei Bund und Kantonen. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) der Erziehungsdirektion ist auf kantonaler Ebene für Fragen der Berufsbildung zuständig.

Arbeitslosigkeit, die im Anschluss an eine berufliche Grundbildung entsteht, ist in den meisten Fällen von relativ kurzer Dauer: Nur 1.5 % der Lehrabgehenden beziehen innerhalb der ersten vier Jahre nach Lehrabschluss mehr als 260 Taggelder der Arbeitslosenkassen. Auch wenn Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger also in der Regel nicht von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, entsteht kurzfristige Arbeitslosigkeit auch im Übergang von der beruflichen Grundbildung in den Arbeitsmarkt, dies vor allem während Phasen wirtschaftlichen Abschwungs. Für die Förderung einer raschen und dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind Bund und Kantone zuständig. Im Kanton Bern nimmt sich die Volkswirtschaftsdirektion (beco) dieser Thematik an. Die Stadt Bern hat in diesem Bereich nur subsidiäre Aufgaben, welche sie durch ergänzende Angebote vor allem bei der Vermittlung von Lehrstellen wahrnimmt.

Breite Angebotspalette

In der Stadt Bern stehen bereits heute zahlreiche Angebote zur Verfügung, die zum Ziel haben, arbeitslose junge Erwachsene rasch in eine Ausbildung bzw. in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zu erwähnen sind insbesondere folgende Angebote:

- *Motivationssemester [to do]*

Im Motivationssemester erweitern Schulaustretende ohne Lehrstelle und Jugendliche, die eine Lehre abgebrochen haben, ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen. Sie erwerben berufspraktische Fähigkeiten und schliessen Bildungslücken. Sie werden individuell gefördert und bei der Suche nach einer geeigneten Anschlusslösung (Lehre, Vorlehre usw.) begleitet.

Auftraggeber und Finanzierer sind Bund (seco) und Kanton (beco und GEF). Angeboten wird das Motivationssemester [to do] durch das Kompetenzzentrum Arbeit.

- *Case Management Berufsbildung (CM BB)*
Ziel des neu geschaffenen CM BB ist es zu verhindern, dass Jugendliche aus dem Bildungssystem fallen. Es trägt dazu bei, die Jugendlichen zu einer ersten beruflichen Grundbildung zu bringen und sie in die Arbeitswelt zu integrieren. Die Unterstützung der Jugendlichen kann während der Berufsfindung, beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung, während der beruflichen Grundbildung sowie beim Übergang in die Arbeitswelt erfolgen.
Verantwortlich für die Umsetzung des CM BB ist das kantonale Mittelschul- und Berufsbildungsamt MBA.
- *inizio*
Das zurzeit von der Stadt Bern geführte Projekt inizio akquiriert erfolgreich Lehrstellen und vermittelt diese an Jugendliche, die bei der Suche nach einem Lehrbetrieb auf Unterstützung angewiesen sind (z.B. wegen Migrationshintergrund, Lernschwierigkeiten, persönlichen Schwierigkeiten) und in der Stadt Bern oder in der Gemeinde Köniz Wohnsitz haben. Im Vordergrund steht hier meist eine zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA).
Zurzeit wird inicio durch den Bund, den Kanton und die Stadt finanziert. inicio ist ins Kompetenzzentrum Arbeit integriert und soll ab 2011 kantonal ausgeweitet und in eine wirtschaftsnahe und private Trägerschaft überführt werden.

Diese Angebote verfolgen den im Postulat geforderten präventiven Ansatz. Sie begleiten Jugendliche, welche Gefahr laufen könnten, den Anschluss in die Arbeitswelt zu verpassen, bis zum erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Das CM BB wurde zu Beginn des Jahrs 2009 gestartet und ergänzt wirksam und in einer sehr frühen Phase (ab dem 7. Schuljahr) die Bestrebungen für eine möglichst hohe Quote von Berufsbildungsabschlüssen bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen. CM BB und inicio haben ihre Prozesse aufeinander abgestimmt und im Rahmen einer Zusammenarbeitsvereinbarung die Abläufe verbindlich festgehalten. Somit werden Parallelstrukturen und Leerläufe verhindert.

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Angeboten stehen jungen Erwachsenen mit beruflicher Grundbildung, welche nach dem Lehrabschluss arbeitslos werden, von Seiten der Volkswirtschaftsdirektion (beco) noch folgende Dienstleistungen und Angebote zur Verfügung:

- Go4Job
- Praxisfirmen
- Berufspraktika
- Einarbeitungszuschüsse und
- die Programme zur vorübergehenden Beschäftigung.

Geplante Massnahmen im Zusammenhang mit der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2010-2013

Die bereits bestehenden Angebote des Kantons werden im Rahmen der Strategien 2010 - 2013 mit fünf Massnahmen ergänzt, die im Speziellen Jugendliche und junge Erwachsene mit Mehrfachproblemen gezielt unterstützen:

Strategien	Massnahmen
<p>Ausbildungslose Jugendliche erhalten durch individuelle Förderung und Unterstützung die Gelegenheit, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz nachhaltig zu verbessern.</p>	<p>M 1: Niederschwelliges Angebot für Jugendliche, für welche der Einstieg in die berufliche Grundbildung und in das Motivationssemester [to do] eine zu hohe Hürde darstellt.</p> <p>M 2: Präventive Unterstützung für Jugendliche in der obligatorischen Schulzeit, welche über schulische Bildung nicht abgeholt werden können.</p> <p>M 3: Angebot für Sozialhilfe beziehende ausbildungslose junge Mütter.</p>
<p>Ausbildungslose junge Erwachsene (18 - 25 Jahre), für welche eine berufliche Grundbildung mit Attest (EBA) zu hochschwellig ist, erhalten durch individuelle Förderung und Unterstützung die Gelegenheit, sich zu qualifizieren und sich Schritt für Schritt in Richtung ersten Arbeitsmarkt zu bewegen.</p>	<p>M 4: BIAS-Einzeleinsatzplätze in Non-Profitbetrieben (allenfalls im ersten Arbeitsmarkt), welche jungen, sozialhilfeberechtigten Erwachsenen ein Herantasten an den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.</p> <p>M 5: Evaluation und Attest „on the job“ von Schlüsselkompetenzen und Ressourcen von jungen Erwachsenen ohne Ausbildung. Enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Kompatibilität mit „validation des acquis“).</p>

Diese Massnahmen werden durch das Kompetenzzentrum Arbeit in enger Kooperation mit der Wirtschaft und mit städtischen und kantonalen Institutionen umgesetzt.

Stellungnahme zu den postulierten Massnahmen

Aufgrund der oben aufgeführten Situation nimmt der Gemeinderat zu den drei postulierten Massnahmen wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Die bestehende Angebotspalette für Jugendliche, welche den Übertritt von der Lehre in die Arbeitswelt nicht schaffen, ist breit und aus heutiger Sicht ausreichend. Zudem stehen mit inizio und CM BB Angebote zur Verfügung, welche präventiv wirken, indem sie bereits in der Berufswahlfindung ansetzen und die Jugendlichen bis ins Erwerbsleben begleiten. Sollte sich die Angebotssituation jedoch ändern, müsste die Lage auch auf städtischer Ebene neu beurteilt werden.

Zu Punkt 2:

Mit inizio steht bereits ein städtisches Angebot zur Verfügung, wie es mit der zweiten postulierten Forderung verlangt wird: Im Rahmen einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Kompetenzzentrum Arbeit und der Erziehungsdirektion des Kantons wird die Zusammenarbeit von inizio und CM BB im Detail festgelegt. Zudem erfolgt die Finanzierung gemeinsam durch Bund, Kanton und Stadt. Die Wirtschaftsnähe von inizio ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Zurzeit geht es darum, die Finanzierung und Trägerschaft von inicio längerfristig zu sichern und kantonal auszurichten.

Zu Punkt 3:

Wie bereits erwähnt, sieht das CM BB die Begleitung der jungen Erwachsenen von der Berufsfindung bis zum Eintritt ins Erwerbsleben vor.

Fazit

Für die im Postulat erwähnte Zielgruppe steht bereits heute ein differenziertes Angebot zur beruflichen Integration zur Verfügung, welches es in den meisten Fällen ermöglicht, arbeitslose junge Erwachsene beruflich zu integrieren. Aufgrund der Zuständigkeiten im Bereich der Berufsbildung und der Arbeitslosigkeit verfügt die Stadt Bern nur über einen beschränkten Spielraum, eigene Angebote zu lancieren, ohne Parallelstrukturen zu kantonalen Angeboten zu schaffen. Mit den Strategien und Massnahmen für die Jahre 2010 - 2013 schöpft die Stadt diesen Spielraum aus.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Aufgrund des bereits bestehenden breiten Angebots ergeben sich für Personal und Finanzen keine besonderen Folgen, insbesondere entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die Kosten für die Massnahmen der Strategie 2010 - 2013 sind im Voranschlag 2011 bzw. in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Bern, 12. Mai 2010

Der Gemeinderat